Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich M 4,—, vierteljährlich M 12,— frei ins Haus. Kreuzbandsend. monatl. M 6.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 10 ₰, abends 15 ₰.

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 90 ₰, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 90 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 500. Dienstag, den 28. Oktober 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt.

Brot und Arbeit.

In groß angelegter Rede verbreitete sich am Montag in der Nationalversammlung der Wirtschaftsminister Schmidt über unsere Volkswirtschaft. Die Ernährungsfrage ist nach wie vor ernst, gibt jedoch zu allzugroßem Pessimismus keinen Anlaß. Mangelhaft ist nach wie vor die inländische Fleischproduktion. Bei allen aus dem Auslande einzuführenden Waren steht unsere schlechte Valuta hemmend im Wege. Die Welt hat genug Ernährungsmittel, der Bezug ist aber immer eine Frage der Zahlungsmöglichkeit. Mit der fortschreitenden Verschlechterung unserer Valuta steigen aber die Preise. So kostet ausländisches Mehl zurzeit M 8 das Kilogramm im Einkauf, Speck M 20, Speisefett M 19, ausländische Kartoffeln stellen sich im Einkauf auf 30—80 ₰ pro Pfund. Unter solchen Umständen versickern die Milliardenzuschüsse des Reiches sehr schnell. Der Minister gab eine zahlenmäßige Uebersicht der Nahrungsmitteleinfuhr im letzten Halbjahr. Die dafür aufgewendeten Summen erreichten eine schwindelnde Höhe. Ueber die Aussichten im nächsten Winter sagte der Minister, daß wir genügende Mengen bis Ende des Jahres fest in der Hand hätten. Gefrierfleisch und Speck weren infolge großer Abschlüsse in recht großen Mengen kommen. Die Kartoffelernte muß noch viel besser als bisher erfaßt werden. Die inländische Produktion wird ergänzt durch Zufuhren aus Holland und Dänemark, Hülsenfrüchte und Reis sind für die Einfuhr freigegeben. Erheblich besser als früher wird die Zufuhr von Fischen und namentlich von Heringen sein. In Petroleum sind größere Abschlüsse getätigt worden. Von den hohen Preisen abgesehen, die nur durch eine Steigerung unserer Einfuhr herabgedrückt werden können, ist die gesamte Lage unserer Ernährung gegen früher besser geworden. Sehr stark gestiegen ist sowohl die Einfuhr als die Ausfuhr Deutschlands. Der Wert der Einfuhr stieg von 140 Millionen im Januar auf 2¼ Milliarden im August. Das erreichte freilich nach der Quantität erst ein Fünftel der Friedenseinfuhr. Die Ausfuhr wurde gesteigert von 56 Millionen im Januar auf 733 Millionen im August. Der Unterschied der Ein- und Ausfuhrzahlen erklärt den schlechten Stand unserer Valuta.

Der Minister kündigte neue verschärfte Maßnahmen gegen das Schiebertum an. Schon in den nächsten Tagen wird der Nationalversammlung eine Gesetzesvorlage zugehen, die hierfür besondere Gerichte mit beschleunigtem Verfahren schaffen will. Die Kohlenproduktion steigt erfreulich. Die Erzeugung von Braunkohle hat schon wieder den Friedensstand erreicht. Für die Bergarbeiter sollen in großzügiger Weise Wohnungsgelegenheiten beschafft werden. Leider besteht immer noch ein sehr großer Mangel an Transportmitteln, der uns vielleicht zwingen wird, den gesamten Personenverkehr vorübergehend stillzulegen. Wir können etwas Hoffnung haben.

Zum Schluß sagte der Minister, daß wir etwas besseren Zeiten entgegengehen.

Der sozialdemokratische Redner Hoch ergänzte die Rede Schmidts mit einer großzügigen Darlegung der sozialdemokratischen Ernährungspolitik. Er geriet dabei in heftigen Konflikt mit der Rechten, als er einen Artikel des früheren Unterstaatssekretärs Edler v. Braun kritisierte. Nach dem sozialdemokratischen Redner sprach der Zentrumsmann Dr. Brauns und nach diesem zum Schluß der Sitzung der Agrarier Dr. Rösicke, der die bekannten kraß-agrarischen Forderungen vertrat.

* * *

Deutsche Nationalversammlung.

108. Sitzung.

Berlin, 27. Oktober, mittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Schmidt.

Zu Beginn der Sitzung sind 32 Mitglieder anwesend.

Vizepräsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr.

Die zweite Beratung des Haushaltplanes für 1919 wird fortgesetzt bei dem

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Berichterstatter Dr. Böhmert (DDP): Der Ausschuß hat unter anderem die baldige Vorlegung eines Organisationsplanes für das neue Ministerium gefordert. Er empfiehlt bei den dauernden Ausgaben die Position von M 155 000 zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft auf M 200 000 zu erhöhen.

Zu den dauernden Ausgaben, und zwar zum ersten Teil, Ministergehalt M 44 000, ergreift das Wort

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Es wäre falsch, unsere Lage allzu düster zu schildern, denn es sind schon Ansätze zur Besserung vorhanden. Was unsere Lebensmittelversorgung betrifft, so erschien es mir Ende vorigen Jahres sehr fraglich, wie unsere Brotversorgung im laufenden Wirtschaftsjahre durchzuführen sei. Es war möglich, bis Ende des Wirtschaftsjahres eine erhöhte Ration aufrecht zu erhalten und es ist fernerhin durchgeführt worden, daß wir unseren Bedarf an Brotgetreide aus der heimischen Produktion bis Ende des Wirtschaftsjahres decken. Die Ausmahlung des Mehles wurde auf 80 pZt. herabgesetzt. Freilich konnten wir im Laufe des Wirtschaftsjahres nur durch eine erhebliche Einfuhr amerikanischen Mehles und Getreides eine Zusatzration gewähren. Auch ein großes Quantum Speck wurde eingeführt und gleichfalls als Zusatzrate verteilt. Durch Einführung von Konserven wurde die heimische Ablieferung von Vieh verringert und trotzdem unsere Fleischration aufrechterhalten. In der Frage unserer Fleischablieferung und Viehbewirtschaftung finde ich leider nicht das nötige Verständnis, weder bei der Landwirtschaft noch bei der Bevölkerung. Sowohl in dem Rindvieh- wie in dem Schweinebestande war eine Abnahme zu verzeichnen. In letzter Zeit hat die Zahl der Schweine erfreulicherweise wieder zugenommen. Allerdings werden wir vielleicht Schwierigkeiten haben in der Kartoffel- und Gersteversorgung. Unsere Fleischbelieferung ist deshalb so schlecht, weil der Bauer sein Vieh für die Aufrechterhaltung seiner Landwirtschaft braucht. Es ist sehr bedenklich, mit Zwangsmaßnahmen hier vorzugehen. Wir müssen den Viehbestand im Inlande schonen durch Einfuhr von ausländischem Fleisch. Die Schweinehaltung muß möglichst wieder in die Höhe gebracht werden. Denn diese befreit uns am ersten aus der bedrängten Lage. Unsere Kartoffellieferung war zu Beginn des Jahres außerordentlich schlecht. Die geringe Ernte bot der Versorgung der Bevölkerung eine nicht genügende Grundlage. Dennoch ist es uns mit vieler Mühe gelungen, die Kartoffelration bis Ende des Wirtschaftsjahres aufrechtzuerhalten. In diesem Jahre scheint die Kartoffelernte noch schlechter zu sein. Die Versorgung ist durch die Transportschwierigkeiten leider gefährdet. Unsere Winterversorgung ist in Frage gestellt. Die Transportschwierigkeiten müssen behoben werden. Aus Holland und Polen haben wir größere Mengen Kartoffel hereingeholt. Die Preise sind allerdings erheblich höher. Für die Versorgung mit Speisefett liegt ein sehr dringendes Bedürfnis vor. Wir müssen eine große Menge von Oelsaaten zur Margarinefabrikation hereinnehmen. Ein weiterer Uebelstand ist die schlechte Kohlenbelieferung, die uns zwang, die Margarinefabrikation einzustellen. Wir wollen aber möglichst die Ration von 150 Gramm aufrechterhalten. In der Bevölkerung sind viele Klagen laut geworden über die Höhe unserer Lebensmittelpreise, die in den letzten Monaten wieder gestiegen sind. Leider befinden wir uns in sehr ungünstiger Lage. Wir müssen an die Produktion fortgesetzt erhöhte Anforderungen stellen. Bei der Preisbestimmung sowohl der inländischen Produktion wie der ausländischen Waren machen sich die erhöhten Preise für Kohlen, Löhne Transportkosten, Rohstoffe usw. geltend. Wir sind bemüht, die Konkurrenz des ausländischen Marktes zu beseitigen. Es ist gesagt worden: „Wo sind die 1½ Milliarden hingekommen, die zur Senkung der Lebensmittelpreise ausgegeben worden sind? Wir sehen gar nichts von einer Senkung der Lebensmittelpreise." Da möchte ich daran erinnern, daß das auswärtige Mehl damals von M 4 auf M 1,30 gesenkt wurde, der Preis des auswärtigen Mehls hat sich bei dem ungünstigen Stande der Valuta auf M 8 erhöht. Auch beim ausländischen Speck, beim Speisefett usw. hat eine erhebliche Preissenkung stattgefunden, desgleichen bei den Kartoffeln und beim ausländischen Fleisch. In der Presse und im Parlament sind Bedenken laut geworden, ob es sich empfiehlt, die Preissenkung für ausländische Produkte beizubehalten. In Frankreich und in England ist man denselben Weg gegangen. Wir sind von jeher auf eine sehr starke Zufuhr vom Auslande angewiesen gewesen. Jetzt ist die Bewegungsmöglichkeit nach Aufhebung der Blockade wieder größer geworden. Hinderlich ist für uns nur der überaus ungünstige Stand der Valuta. An Auslandsprodukten sind in der ersten Hälfte dieses Jahres 467 135 Tonnen im Werte von M 2 141 368 000 eingeführt worden. Diese Einfuhr bedeutet eine erhebliche Zunahme gegenüber derjenigen im vorigen Halbjahr. Die Gesamternährung und Versorgung ist gegenüber dem bisherigen Stande erheblich besser geworden. Was nun die Gesamtübersicht für den kommenden Winter betrifft, so haben wir fest in der Hand Getreide für unseren Bedarf bis Ende dieses Jahres. In Fleisch sind Abschlüsse für Gefrierfleisch und Speck in einem Umfange getätigt worden, daß wir bei mäßigen Ansprüchen bis Anfang des Jahres eingedeckt sein werden. Bei den Kartoffeln liegen die gegenwärtigen Versorgungsschwierigkeiten namentlich im Transport. Hoffentlich ist die vielfach angedrohte Abgabeverweigerung durch die ländliche Bevölkerung eine Uebertreibung. Die inländische Produktion muß voll in Anspruch genommen werden, zumal die ausländischen Kartoffeln erheblich teurer werden. Unsere Gemüseversorgung ist bis in den Herbst hinein nicht schlecht gewesen. Die norwegische Fischzufuhr ist reichlicher, und bis zum März hinein sind wir mit der Lieferung von norwegischen Heringen reichlich eingedeckt. In Petroleum ist vor kurzem ein größeres Abkommen getroffen worden, so daß eine reichlichere Verteilung erfolgen kann. Jedenfalls ist unsere Ernährungswirtschaft wesentlich besser geworden. Die Bilanz wird erheblich besser, wenn es uns gelingt, Devisen aus dem Auslande in die Hand zu bekommen. Bemerken will ich noch, daß vom Auslande, besonders aus Norwegen, uns nicht unerhebliche Liebesgabensendungen in Gestalt von Nahrungsmitteln in dankenswerter Weise in Aussicht gestellt worden sind. (Beifall.) Von unserer Lage von Handel und Industrie ein zu trübes Bild zu entwerfen, wäre unzutreffend. Unsere Einfuhr ist vom Januar bis Juli von 2 auf 12 Millionen Doppelzentner gestiegen. Gegenüber dem Friedensstande haben wir bisher nur ein Fünftel der Einfuhr erreicht. Der Gesamtwert aber ist um 100 pZt. größer. In der Ausfuhr haben wir vom Januar bis Juli eine Steigerung von 3 auf 9 Millionen Doppelzentner erreicht. Der Wert ist von 156 auf 561 Millionen in dieser Zeit gestiegen. Alle Behauptungen, daß sie schlecht sei, sind unrichtig. Im August hat die Ausfuhr mit einem Werte von 733 Millionen annähernd den Stand des Friedenswertes erreicht. In der Menge aber beträgt sie nur etwa ein Sechstel der Friedensausfuhr. Der Rohstoffeinfuhr stellten sich große Schwierigkeiten entgegen. Sie wird auch weiter mit staatlicher Unterstützung betrieben werden müssen. Es soll der Grundsatz getätigt werden, die Rohstoffeinfuhr von aller Kontrolle möglichst frei zu machen und in weitem Umfange die Selbstverwaltung der Industrie Platz greifen zu lassen. Dem Hause wird ferner demnächst eine Vorlage zugehen, welche die Strafen für Preiswucher im Inlande erhöht und das Prozeßverfahren beschleunigt. Die ungeregelte Ein- und Ausfuhr werden wir zu beseitigen suchen. Der jetzige Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Alles das tritt aber zurück gegen die große Bedrängnis, die uns die Kohlenversorgung bringt. Wir werden alles tun, um die Produktion zu steigern. Wir werden technische Mißstände zu beheben suchen. Die Belegschaften haben wir immer zu steigern versucht, wo es nur irgend möglich war, und das wird das wesentlichste Mittel sein, die Erzeugung zu erhöhen. Die Braunkohlenerzeugung hat im Bergbau in den letzten Monaten angehalten. In der Braunkohlenerzeugung sind wir teilweise schon über den Friedensstand hinausgekommen. Bei der Kohlenversorgung besonders unangenehm sind die Transportschwierigkeiten. Wenn wir dazu übergehen müssen, den ganzen Personenverkehr für einige Zeit stillzulegen, so wird die Unannehmlichkeit dieser Maßnahme doch zurücktreten müssen hinter der großen Bedeutung, welche die Förderung des Güterverkehrs und des Kohlentransportes für uns hat. Erfreulicherweise hat auch die genossenschaftliche Organisation für den gemeinsamen Bau von Baracken durch die Bergarbeiter Fortschritte gemacht. Mit Hilfe derselben soll den Bergarbeitern auch ein eigenes Heim geschaffen werden. Der Nationalversammlung wird eine Vorlage zugehen, um auf genossenschaftlicher Grundlage den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht über die Wohnungsfürsorge zu gewähren. Durch den Bau von Eigenheimen wird den Bergarbeitern eine ganz besondere Vergünstigung zuteil werden. Die Kosten sollen durch einen kleinen Aufschlag auf die Kohlenpreise gedeckt werden. Damit erhalten die Bergarbeiter ein Vorrecht gegenüber anderen Berufen. Wir hoffen nun aber auch, daß eine Beruhigung der Bergarbeiterschaft eintreten wird und sie sich nicht als Werkzeug politischer Agitation mißbrauchen lassen wird. Die Aussichten unserer Industrie im ganzen sind nicht so trübe, als vielfach angenommen wird. Wenn wir die Industrie genügend mit Kohlen versehen könnten, würde ich mit großer Ruhe der kommenden Entwicklung entgegensehen. Wir müssen allerdings allen Versuchen, die Bergwerke durch politische Streiks lahmzulegen, mit Entschiedenheit entgegentreten. Interessant ist das Urteil des „Economist" über unsere Wirtschaftslage. Das Blatt sagt, daß die Deutschen, ohne viel Zeit zu verlieren, mit gewohnter Elastizität sich an die kolossale Aufgabe gewagt hätten, die Industrie wieder aufzunehmen. Die Leipziger Messe sei ein glänzendes Zeugnis für die Tatkraft und Energie, mit der die Deutschen die Instandsetzung der Wirtschaft in die Hand genommen hätten. Ein reiches Deutschland sei für England besser, als ein armes Deutschland. Ein Deutschland, das von England kaufen und an England verkaufen kann, füge England keinen Schaden zu, sondern erweise ihm eine Wohltat. — Wir müssen zur Einfachheit zurückkehren, um die uns auferlegten Lasten tragen zu können. Bis wir im Jahre 80 Millionen Tonnen Kohlen abgeben können, wird es lange dauern. Die Entente muß uns so viel Kohlen überlassen, wie zur Entwicklung unserer Industrie erforderlich ist, sonst werden unsere Leistungen Frankreich gegenüber in Frage gestellt. Es ist für Frankreich selbst besser, wenn wir dauernd unsere Leistungsfähigkeit verbessern. Die Sperre der Ostsee zwingt uns, die Frachten den ausländischen Schiffsreedereien zu bezahlen. Unsere eigene Schiffahrt ist lahmgelegt. Zahlreiche kleine Fischerboote können ihrem Erwerbe nicht nachgehen. Sollte nicht endlich auf der Gegenseite die Einsicht kommen, daß es genug ist mit den Druckmitteln, die nur Haß und Erbitterung auslösen? Gegenseitiges Verstehen und gerechtes Einschätzen des Könnens wird uns in Europa wieder auf die kulturelle Höhe bringen, die uns durch den Krieg verloren gegangen ist. Das ist unsere Aufgabe. (Beifall.)

Hoch (SD.): Diesem Mahnruf schließe auch ich mich vollständig an. Derselbe Mahnruf ergeht aber auch an die weitesten Kreise des Volkes. Die Interessenten des Kapitals fordern mit steigendem Nachdruck die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Aber die furchtbaren Preissteigerungen, die die Folge sein müßten, bedeuten den vollständigen Zusammenbruch. Die schlimmsten Unruhen und inneren Kämpfe werden die Folgen sein. Es ist unsinnig, eine solche Forderung zu erheben, die einfach unerfüllbar ist. Schon jetzt ist eine starke Preissteigerung eingetreten, der die Nutznießer derselben keineswegs mit entsprechenden Lohnerhöhungen für die Arbeiterschaft gerecht werden. Niemand sieht in der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft das Ideal; aber ebensowenig kann in der wahllosen Aushebung das beste für die Allgemeinheit erreicht werden. Gewisse besitzende Kreise bekommen dann Gelegenheit, ungeheure Konjunkturgewinne einzustreichen. Gegen dieses Schmarotzerwesen muß mit aller Kraft durchgegriffen werden, und wenn die Rechte statt dessen nur immer wieder der Ausbeutung des Volkes den Boden ebnen will, so wird sie den Bürgerkrieg unvermeidlich machen. Der Zwang kann nur einen Ausgleich ermöglichen. Wo die Preissteigerung ohne Schädigung des Volkes aufgehoben werden kann, soll sie fallen. Wo sie im Interesse der Aufrechterhaltung der Volksernährung nicht aufgegeben werden kann, muß sie bestehen bleiben. Ich begrüße die Ankündigung, daß die Einfuhr von Rohstoffen im allgemeinen freigegeben werden soll. Die Herstellung von Luxusartikeln müssen wir mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Die unsinnige Einfuhr der Zigaretten, die uns Milliarden kostet, ist mit allem Nachdruck zu hintertreiben. Alle gewaltsamen Mittel, die Revolution zu fördern, haben nicht zur Förderung, sondern zur Hemmung der Revolution geführt. Das haben die Volksmassen in wachsendem Umfange erkannt. Es muß allgemein die Ueberzeugung Platz greifen, daß die Streiks nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sind. Der Streik kann immer nur das allerletzte Kampfmittel sein. Die Rücksicht auf das Volksganze, auf das Gesamtwohl muß das Entscheidende sein. Wir stehen in einer schweren Krise: Kohlen- und Kartoffelnot bedrohen uns in diesem Winter wie nie zuvor. Es muß alles getan werden, um die Verkehrsnot zu mildern. Die Bauern hat man planmäßig zur Zurückhaltung ihrer Produkte bearbeitet, damit höhere Preise erzielt werden, und daran haben sich nicht nur die Wortführer des Bundes der Landwirte beteiligt, sondern auch solche, die es besser wissen mußten, die an hervorragender Stelle in der Regierung gestanden haben. (Hört, hört!) Der Freiherr von Braun, der an der Spitze unseres Ernährungswesens stand, hat in einem Zeitungsartikel die ländlichen Produzenten geradezu aufgeputscht. (Redner verliest den betreffenden Passus.) Es wird darin nicht nur der passiven Resistenz, sondern auch dem aktiven Widerstande der Landwirte das Wort geredet. (Zwischenrufe rechts.) Herr von Braun muß doch wissen, daß die Preispolitik der Regierung auch den berechtigten Interessen der Landwirtschaft Rechnung trägt. Die Verbrechen der Wucherer und der Schieber können nicht weiter geduldet werden. Das Reichswirtschaftsministerium muß bei allen seinen Maßnahmen das richtige Verhältnis zur arbeitenden Bevölkerung herstellen. Ich habe den Eindruck, als ob nicht zu wenig, sondern zu viel Beamte in diesem Amte vorhanden sind. Es wäre besser, wenn in mancher Beziehung eine Vereinfachung eintreten könnte. Auch im Außendienst ist mancherlei zu ändern. An einzelnen Stellen mußte man den Bauern mit Hilfe von Reichswehrsoldaten die Kartoffeln gewaltsam wegnehmen. Die Kartoffelstelle zeigte sich dabei wenig bemüht, den berechtigten Forderungen zu entsprechen. Sie war nicht einmal zur Entsendung von Sachverständigen geneigt. Die Regierung muß mit allen Mitteln gegen solche Mißstände vorgehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Brauns-Köln (Z.): Das Reichswirtschaftsministerium hat sich schon recht gut entwickelt, hat es doch bereits 1100 Beamte. (Hört, hört!) Allerdings ist auch das Ernährungsamt im Reichswirtschaftsamt aufgegangen. Der Antrag des Ausschusses auf Vorlegung eines ausführlichen Organisationsplanes sollte einmütig vom Hause angenommen werden. Unseres Erachtens soll das Wirtschaftsministerium ein Fachministerium für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel sein. Den Interessen dieser Zweige muß sich die Organisation des Amtes anpassen. Die Leitungen dieser Abteilungen müssen einander gleichberechtigt sein. Den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens wird man am besten gerecht, wenn wir einen Reichswirtschaftsrat nach den drei Hauptzweigen unserer Wirtschaft organisieren. Die Landwirtschaft muß ihrer Betätigung entsprechend in die Organisation einbezogen werden. Leider ist das Autoritätsgefühl gegenüber der Regierung namentlich in landwirtschaftlichen Kreisen stark im Abnehmen begriffen. Die Wirtschaftspolitik des Reiches muß unbedingt einheitlich geführt werden. Die Ein- und Ausfuhrpolitik des Reiches muß nach einheitlichen Gesichtspunkten unter einer einheitlichen Leitung und Verantwortung stehen. Das war im alten Reiche selbstverständlich und muß es auch jetzt sein. Zwischen dem besetzten Gebiet und dem Reich darf sich keine Art neue Grenze erheben und keine politische Mißstimmung entstehen. Betreffs der Organisation des Amtes müssen technisch und volkswirtschaftlich vorgebildete Beamten planmäßig verwendet werden. Ein durchgreifender Wandel in unserer Wirtschaftspolitik ist unumgänglich notwendig. (Sehr richtig!) Fort mit aller Zwangswirtschaft! Anschluß an den Weltmarkt! so heißt es heute. So allgemein und uneingeschränkt ist das nicht durchzuführen. Bei einer solchen Politik würden alle Preise sofort in die Höhe gehen. Wir müssen mehr Mittel aus unserem eigenen Boden erzeugen. Die Lohnarbeit bleibt die Grundlage zu neuem Wohlstand in einer leider sehr fernen Zukunft. Leider wird viel zu billig an das Ausland verkauft. Dem muß unbedingt gesteuert werden. Die Zwangswirtschaft ist nur Mittel zum Zweck und muß soweit abgebaut werden, als sie unwirtschaftlich wirkt. Unwirtschaftlich wirkt sie heute zweifellos in der Landwirtschaft. Es war keine glückliche Maßnahme, den Hafer aus der Zwangswirtschaft herauszunehmen. Man hätte das Getreide einheitlich bewirtschaften sollen. Unsere ganze Wirtschaftspolitik muß darauf hinzielen, unsere Produktion zu fördern. Im Westen haben sich Erzeuger und Verbraucher mit einander in Verbindung gesetzt und für Kartoffeln und andere Lebensmittel Preisfestsetzungen gemacht, die über die amtlichen hinausgingen. Nur so gelang es ihnen, die größten Versorgungsschwierigkeiten zu beseitigen. Aehnliche Maßnahmen müssen für die Allgemeinheit einsetzen. Der Milliardenbeihilfe des Reiches für die Lebensmittelversorgung haben wir zugestimmt. Wir bitten aber, keine allzu großen Unterschiede im Preise dieser eingeführten und der heimischen Lebensmittel entstehen zu lassen. Das würde alle möglichen Schiebereien hervorrufen. Im Braunkohlen- und Kalibergbau müssen verbesserte Methoden zur Ausbeutung Platz greifen. Die Preisprüfungsstellen dürfen die Industrie nicht kleinlich und pedantisch behandeln. Wie soll sonst die Industrie sich wieder aufrichten? (Sehr richtig!) Wir müssen die Produktionskosten herabsetzen, um uns den Weltmarktpreisen anzupassen. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aus der jetzigen Lage für die Kleinrentner, die Invaliden- und Unfallrentner und die Kriegsbeschädigten. Auf sie muß man ganz besondere Rücksicht nehmen. In den Eisenbahnwerkstätten hat sich der Zeitlohn nicht als das rechte Lohnsystem bewährt. Wo Akkord nötig ist, da soll man ihn einführen. (Sehr richtig!) Gegen die jetzigen Zustände in den Eisenbahnwerkstätten macht die ganze öffentliche Meinung Front. Begrüßenswert sind die erfreulichen Mitteilungen des Ministers über die Besserung der Ernährungslage. Aber große Sorge beherrscht die Bevölkerung hinsichtlich der Bekleidungsnot. Sind überhaupt noch größere Bestände vorhanden? Die Bekämpfung des Wuchers auf diesem Gebiete sollte nicht bloß durch Beschlagnahme vor sich gehen. Auch auf dem Gebiete des freien Handels zeigen sich Erscheinungen, die in Wucher ihren Ursprung haben müssen, sonst könnte nicht für ein Ei in Berlin ein Preis bis zu M 1,80 verlangt werden. Der Abbau der Kriegsgesellschaften müßte beschleunigt werden. (Beifall im Zentrum.)

Herrmann-Reutlingen (DDP.): Beim Wiederaufbau unserer durch den Krieg und seine Folgen völlig ruinierten Volkswirtschaft ist aktive Unterstützung und Mitarbeit aller Volksteile notwendig. Deshalb auch der Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung. Das Volk gegen die Regierung aufzuhetzen und ihm vorzulügen, die Revolution sei die Ursache unseres wirtschaftlichen Notstandes, ist vaterlandschädigend. Hat die Reichsregierung Vorschläge an die Entente aufgestellt, die es Deutschland ermöglichen sollen, den wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage in einer für seine eigene Volkswirtschaft erträglichen Weise nachzukommen? Entscheiden wird die Rohstoffzufuhr. Ohne amerikanischen Kredit durch eine Valutaanleihe können Rohstoffe auf die Dauer nicht zugeführt werden. Europa bricht zusammen, wenn ihm Amerika nicht hilft. Deshalb so rasch wie möglich eine internationale Valutakonferenz. Ich appelliere an die Demokraten der ganzen Welt, dem demokratischen Deutschland die notwendige wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Das bedingt einerseits die Ablehnung der Idee des pazifistischen Sozialismus und anderseits die Ablehnung der Zeiten eines überlebten Manchester-Liberalismus. Eigenwirtschaft zum Nutzen der Volksgemeinschaft muß das Ziel der künftigen Wirtschaftsepoche sein. Mehr politischer Blick und soziales Verständnis ist unserer Industrie dringend zu wünschen. Angesichts des Friedensvertrages muß man mit Vollsozialisierungen größte Vorsicht üben. Die angeforderten 3½ Milliarden zur Senkung der Lebensmittelpreise billigen wir in der Erwartung, daß mit dieser Politik so rasch wie möglich Schluß gemacht wird. In der Rohstoffeinfuhr muß Freiheit walten. Ausgenommen werden Luxusartikel. Der Reichswirtschaftsrat darf nicht ein Berliner Wirtschaftsrat der Spitzenverbände werden; vielmehr müssen die einzelnen Wirtschaftsgebiete des Reiches ihre angemessene Vertretung darin haben. Fürsorge und Förderung aller schaffenden Stände muß die Aufgabe des Reichswirtschaftsministers sein. Handwerker und Bauern haben ihre Arbeitsfreudigkeit noch nicht verloren. Wir verlangen vom Minister eine zielbewußte Mittelstandspolitik, nicht bloß um des Mittelstandes willen, sondern auch im Interesse des Staatsganzen. Ein tüchtiger, fleißiger und selbstloser Handwerker- und Kaufmannsstand ist dem neuen Deutschland erst recht notwendig. Der Erlaß eines Reichsgesetzes zur Regelung des Verfahrens bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen ist dringend notwendig. Angemessene Vergebung der Großaufträge an Handwerkerorganisationen muß hierbei gewährleistet werden. Gleicher Fürsorge bedürfen Industrie und Landwirtschaft. Besonders wichtig für unsere schwer betroffene Textilindustrie ist die Förderung der Textilforschung durch das Reich, wofür 5 Millionen Mark im Etat stehen, die wir gern bewilligen. Dem Minister stehen wir vorurteilslos gegenüber und unterstützen ihn. Es ist aber ein besserer und klarerer Aufbau seines Ministeriums zu wünschen. Die Eigenwirtschaft zum Nutzen der Gesamtheit ist die deutsche Wirtschaft der Zukunft. (Beifall links.)

Dr. Rösicke (DNP.): Das Volk selbst muß mitarbeiten, um die Regierungsmaßnahmen fruchtbar zu machen. Es muß mit dem Geist zur Mitarbeit erfüllt sein. Die Arbeit muß auf das richtige Ziel geleitet werden und sie muß auch pünktlich geleistet werden. Bisher ist das der Regierung nicht gelungen. Der Mangel an Kohlen hemmt unser ganzes Wirtschaftsleben auf allen Gebieten. Die Ausfuhr muß in zweckmäßiger Weise gefördert werden. Das Schieber- und Schmugglerwesen muß aufhören. Ich und meine politischen Freunde begrüßen es lebhaft, daß Mittel eingesetzt sind zur Förderung der Textilindustrie. Die Einfuhrkontrolle, die jetzt eingeführt werden soll, setzt Schwierigkeiten internationaler Art voraus. Man muß die Kommission möglichst Berufsorganisationen übertragen. Wann endlich werden die 120 Kriegsgesellschaften abgebaut werden? Der Ministerpräsident hat sich in Weimar nur als Parteiminister betrachtet. Es wird also bei uns eine Parteipolitik betrieben. Das zeigt sich auch in der Behandlung der Landwirtschaft. Ich glaube nicht, daß das Deutsche Reich zu einem Agrarstaat werden wird, wie in früheren Zeiten, aber es wird sehr viel mehr Agrarstaat werden, als es vor dem Kriege war. Der Reichswirtschaftsrat ist in einer Weise zusammengesetzt, daß die Landwirtschaft nicht zu ihrem Recht kommt. (Hört! hört! rechts.) Wir müssen Persönlichkeiten in die Aemter bringen, die die Landwirtschaft praktisch kennen. Wir sind der Meinung, daß ein Ministerialdirektor für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten angestellt werden muß. Der wichtigste Punkt des ganzen wirtschaftlichen Lebens ist die Förderung der Produktion. Durch Bestimmungen aber, wie sie der Minister am 2. September erlassen hat, in denen er der Landwirtschaft androht, daß ihr die Verwaltung entzogen wird, wird die Axt an die Wurzel der Selbstverwaltung gelegt. Es wird hier nicht mit dem Gedanken einer Sozialisierung der Landwirtschaft gespielt werden. Ebensowenig würde eine Ausdehnung des Betriebsrätegesetzes auf die Landwirtschaft dem allgemeinen Frieden dienen. Man würde sie damit einfach töten. Durch die Erhöhung der Häutepreise muß selbstverständlich auch eine Erhöhung der Viehpreise eintreten. Es muß in dieser Beziehung unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden. Erforderlich wäre die Schaffung einer objektiven Zentralstelle für die Festsetzung aller Preise. Die Verordnung des Ministers vom April, laut deren eine Kontrollkommission auf das Land hinausgehen solle, zeugt von einem absolut falschen Verständnis hinsichtlich der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Die ganze Behandlung der Landwirtschaft von Reichs wegen scheint auf die Frage des Nutzens für den Verbraucher eingestellt zu sein. Wo bleibt die Rücksicht auf die Erzeuger? Vor dem Kriege hatte man bestritten, daß die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren könnte. Jetzt, nach dem Kriege, verlangt man von der deutschen Landwirtschaft, daß sie das deutsche Volk genügend mit Nahrungsmitteln versehen solle. Man verlangt sogar den Anbauzwang. Darin liegt heute die größte Ungerechtigkeit. Die Anbaufläche ist zurückgegangen, die Gestehungskosten sind ungeheuer gestiegen und der Achtstundentag hat ebenfalls seine Wirkung in den landwirtschaftlichen Betrieben geltend gemacht. Die Landwirtschaft ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr in der Lage, das Allernotwendigste zu leisten. Es gibt nur eine Möglichkeit, um vorwärts zu kommen, und das ist der Wiederaufbau der Landwirtschaft. Um diesen Punkt kommen wir nicht herum und darin liegt die schwerste und wichtigste Aufgabe. Die Förderung unserer Viehzucht bedeutet auch eine Verbesserung unserer Ackerernährung. Leider hat man früher bei uns sich gar zu sehr auf Amerika verlassen und nicht genügend Fett produziert. Im Mittelpunkte der landwirtschaftlichen Produktion bleibt die Schweinezucht bestehen. Sie ist ebenso wichtig, wie die Milchproduktion. Die Massenabschlachtung der Schweine hat die menschliche Ernährung schon ungeheuer verschlechtert. Eine Förderung der Landwirtschaft im Interesse unserer Ernährung ist aber nur denkbar bei Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die 5 Milliarden, die für die Preissenkung ausgegeben worden sind, oder noch verlangt werden, hätte man durch zweckmäßige Förderung der inländischen Produktion besser verwenden können, wenn man der Landwirtschaft gegenüber die richtige Stellung eingenommen hätte. Bringt man der Landwirtschaft das nötige Interesse entgegen, so wird sie auch das, was sie produziert, mit Freuden abliefern. Nur so bekommen wir wieder blühende Fluren in Deutschland. Dann gehen wir der Sonne entgegen. So stehen wir aber vor dem Abgrund. (Beifall rechts.)

Um 6½ Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 1 Uhr, vertagt. Außerdem Anfragen und Heereshaushalt.

Politische Nachrichten.

Haases Zustand verschlimmert.

(Eigener Drahtbericht des „Hamb. Echo.")

Heute vormittag ist Hugo Haase das eine Bein über dem Kniegelenk abgenommen worden. Das Geschoß hat im Kniegelenk eine Zersplitterung der Knochen zur Folge gehabt, die zum Herde eines immer weiter greifenden Vereiterungsprozesses wurde. Das sich steigernde Fieber ließ schließlich keinen anderen Ausweg mehr übrig. Nach der Operation ist das Fieber zurückgegangen.

Zum Abtransport der deutschen Truppen aus dem Baltikum.

Die Verhandlungen zwischen General v. Eberhardt und der litauischen Regierung über die Schaffung einer neutralen Zone längs der für den Abtransport der deutschen Truppen im Baltikum zu benutzenden Eisenbahnlinie führten dazu, daß sich die litauische Regierung mit der von deutscher Seite vorgeschlagenen neutralen Zone einverstanden erklärte. Das innerhalb der neutralen Zone gelegene Geleisedreieck bei Vielze, das